

Koordinierungsstelle CORA



Tätigkeitsbericht 2006

1. Über die Koordinierungsstelle CORA

1.1. Kontakt

Ansprechpartnerin: Heike Herold
Träger: Frauen helfen Frauen e. V. Rostock
Anschrift: Heiligengeisthof 3
18055 Rostock
Telefon: 0381/ 4010229
Fax: 0381/ 1216099
E-Mail: cora@fhf-rostock.de

1.2. Aufgaben 2006

1. fachliche Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder
2. Monitoring der Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt
3. Erschließung Arbeitsfeld Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution
4. Öffentlichkeitsarbeit zu Gewalt gegen Frauen
5. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen
6. Führen und Weiterentwickeln der landesweiten Statistik der IST
7. Teilnahme an der bundesweiten und internationalen Vernetzung der Interventionsprojekte und Interventionsstellen
8. Sonstige Aufgaben

1.3. Finanzierung

Die Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Koordinierungsstelle CORA (eine Personalstelle und Sachkosten) erfolgte durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern.

2. Umsetzung der Aufgaben im Jahr 2006

2.1. fachliche Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes

- Die Koordinierungsstelle CORA bereitete gemeinsam mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung M-V die Sitzungen des Landesrates zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes am 24. April, 11. September und 14. Dezember 2006 vor und nahm an den Sitzungen teil. Zentrales Thema war in den Sitzungen neben dem Austausch von Informationen die Durchführung einer umfassenden Schwachstellenanalyse der Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen bei der Intervention in Fällen häuslicher und sexualisierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern. Es wurden durch die Koordinatorin eine umfassende Visualisierung vorhandener und gewünschter Kooperationsbeziehungen erstellt und die Kooperationsbeziehungen durch die Institutionen einer qualitativen Wertung unterzogen. Dazu führte die Koordinierungsstelle CORA Gespräche mit VertreterInnen der involvierten Ministerien, sowie in den Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften und fasste die zugearbeiteten Ergebnisse zusammen. Gemeinsam mit dem Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung wurden die vorliegenden Ergebnisse der Schwachstellenanalyse ausgewertet und erste Vorschläge das Vorgehen (Verweis in AG, LAG, Kooperationsgremien, Schnittstellengespräche) bei der Ableitung für Maßnahmen zur Beseitigung der Schwachstellen erarbeitet. Diese Vorschläge müssen im Landesrat diskutiert werden und entsprechende Veränderungen herbeigeführt werden.
- Die AG Gewalt und Gesundheit tagte am 18. Januar, 12. April und 11. Oktober 2006. Die Koordinierungsstelle CORA bereitete gemeinsam mit dem Büro der Staatssekretärin für Frauen und

Gleichstellung die Sitzungen inhaltlich vor. Themen waren die Bekanntmachung des Leitfadens für das Gesundheitswesen mit geeigneter Öffentlichkeitsarbeit (Information in der Ärzteblatt, Serie über die Dokumentation von Verletzungen im Ärzteblatt, Versand des Flyers zum Leitfaden über die kassenärztliche Vereinigung), die Erstellung von Öffentlichkeitsmaterialien für die Patientinnen (Notfallkärtchen) und Fortbildungsmöglichkeiten für medizinisches Personal (Vorlesungsreihe in der Ausbildung von Medizinern an der Uni Greifswald, Seminar auf dem Hausärztetag M-V zur gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen). Die Möglichkeiten der Fortbildung und Sensibilisierung zu Gewalt gegen Frauen müssen weitergeführt werden. Das wurde auch an einem Fallbeispiel einer gewaltbetroffenen Frau deutlich, die keine entsprechende Versorgung, Unterstützung, Weitervermittlung und gerichtsverwertbare Dokumentation der Verletzung durch eine medizinische Einrichtung unseres Landes erfuhr. Die Arbeitsgruppe will bei der notwendigen Sensibilisierung und Fortbildung weiter ansetzen.

- Auch im Jahr 2006 hatte CORA die Leitung der Arbeitsgruppe Gewalt gegen Frauen im LfK (Landesrat zur Kriminalitätsvorbeugung) inne. Die AG tagte am 18. Januar, 25. April, 20. Juni, 29. September und am 28. November 2006. Nach Zustimmung durch den Vorstand des LfK bearbeitete die AG das Thema „Hartz IV- Auswirkungen auf gewaltbetroffene Frauen in M-V“. Dazu trugen die Unterstützungseinrichtungen in M-V: Frauenhäuser, Kontakt- und Beratungsstellen und Interventionsstellen Probleme zusammen, die sich aus der Spezifik der Situation Gewalterleben in der Partnerschaft und Bezug von ALG II ergeben. Die Vertreterin der LAG der Frauenhäuser erörterte Problemlagen betroffener Frauen sehr anschaulich und die Arbeitsgruppe erarbeitete Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Der Problemkatalog wurde in einer Arbeitsgruppensitzung mit einem Vertreter der Bundesagentur, Regionaldirektion Nord und mit Vertretern des Arbeits- und Sozialministeriums diskutiert. In dieser Sitzung wurden Vorschläge zur Umsetzung erarbeitet und es wurde deutlich, dass Vertreter der kommunalen Spitzenverbände mit einbezogen müssen. Diese Gespräche wird die Arbeitsgruppe noch führen, dann werden Schritte zur Verstetigung und zur Veröffentlichung der Arbeitsergebnisse diskutiert. Die Anstaltsleitung der Justizvollzugsanstalt Bützow wandte sich mit der Bitte um ein Kooperationsgespräch an die Koordinationsstelle CORA. Dieses Gespräch fand am 12. Oktober 2006 in der JVA statt. Inhalt war der hohe Anteil an Betroffenen von häuslicher Gewalt an den weiblichen Gefangenen in Bützow.

Die Leiterin der Frauenabteilung sah hier gute Möglichkeiten die Frauen während ihrer Vollzugszeit über Schutz- und Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren und ihnen ggf. Beratung durch eine Fachberatungsstelle wie z. B. die Interventionsstelle anzubieten. Aus der Schilderung von Einzelfällen wurde deutlich, wie die rechtzeitige Information über gesetzliche Handlungsmöglichkeiten und fachlich qualifizierte Beratung für gewaltbetroffene Frauen auch Tötungsdelikte an ihren gewalttätigen Partnern und daraus folgende langjährige Haftstrafen für die Frauen verhindern können. Hier wollen die JVA, CORA und die Interventionsstelle Rostock in 2007 eine entsprechende Informationsveranstaltung verbunden mit einer Filmvorführung durchführen.

- Der Arbeitsplan der Koordinationsstelle CORA für 2006 sah es vor, die Leitung des Arbeitskreises Täterarbeit in die Leitung eines Vertreters der LAG der Männerberatungsstellen abzugeben. Der AK Täterarbeit am 22. Februar und am 25. September 2006. Auf der Sitzung im Februar wurde die Abgabe der Leitung des Arbeitskreises durch die Koordinationsstelle CORA diskutiert und Herr Marschner als zukünftiger Leiter des AK zur nächsten Sitzung eingeladen, um bei Zustimmung mit ihm die Modalitäten zu beraten. Ab 2007 übernimmt Herr Marschner die Leitung. Themen des interdisziplinären Fachaustausches zur Begleitung der Arbeit mit Tätern im Bereich Gewalt gegen Frauen waren: der Entwurf der bundesweiten Standards für Täterarbeit im Bereich häuslicher Gewalt, bewährte Präventionsprogramme zu sexualisierter Gewalt, die Verwaltungsvorschrift des Bildungsministeriums zur Gesundheits- und zur Gewaltprävention und die Anwendung des TOA in Fällen häuslicher Gewalt.

- Seit Beginn des Jahres 2006 nimmt die Koordinationsstelle CORA als ständiger Gast an den Sitzungen der LAG der Frauenhäuser/Kontakt- und Beratungsstellen (KBST) teil. Zusätzlich hat sie die Vertretung der Frauenhäuser und KBST in den Werkstattgesprächen der bundesweiten Frauenhauskoordinierung übernommen. So ist es besser möglich, den Informationsfluss zwischen landesweiten Gremien, der Landesverwaltung, der bundesweiten Vernetzung und den Frauenhäusern/KBST zu sichern, Informationen über neue Arbeitshilfen, Anregungen und Erfahrungen anderer Bundesländer und die Ergebnisse der landesweiten Arbeitskreise werden für die Unterstützungseinrichtungen im Land besser nutzbar gemacht. An den monatlichen Sitzungen der Landesarbeitsgemeinschaften der Interventionsstellen nimmt die Koordinationsstelle weiterhin teil. Neben der Sicherung des Informationsflusses standen hier gemeinsame

Abstimmungen zur neuen Statistik, die Vorbereitung der Sitzungen des Interdisziplinären Austausches und die Schwachstellenanalyse im Vordergrund. Die Koordinierungsstelle bereitete mit den Interventionsstellen ihr 2-tägige Klausurtagung am 27. und 28. Juni 2006 in Lubmin vor und moderierte die gesamte Veranstaltung. Themen waren: Datenschutz in den Interventionsstellen, Fragen der Sicherheit für Beraterinnen und KlientInnen, die FGG- Novelle, Auseinandersetzung mit dem Cochemer Modell in familienrechtlichen Entscheidungen, die Beförderung einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und der intensive Austausch zu Fortbildungskonzepten für die verschiedenen Berufsgruppen. Ein wichtiges Thema in der Vernetzung der Unterstützungseinrichtungen im Jahr 2006 war die Konzeption der neu eingerichteten Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten. In deren Konzeption wurde festgestellt, dass es im Land keine Vernetzungsstrukturen und Kooperationsgremien im Opferschutz gibt, diese Aufgabe und die Weitervermittlung der Opfer an spezialisierte Einrichtungen sollen zukünftig die Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten übernehmen. Die Interventionsstellen, Frauenhäuser und Beratungsstellen drängten beim Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung auf Gespräche mit dem Sozialministerium zur Richtigstellung und forderten eine deutliche Abgrenzung der Zielgruppen. Auf Vorschlag von CORA lud die Landesarbeitsgemeinschaft der Interventionsstellen das Sozialministerium, das Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung, die Mitarbeiterinnen der Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten zu einer Sitzung ein. Ziel war es zu möglichst verbindlichen und verlässlichen Kooperationsvereinbarungen zu kommen. Leider sagten die entscheidungsbefugten Vertreterinnen des Sozialministerium und des Büros der Staatssekretärin für

Frauen und Gleichstellung, sowie Frau Dr. Luschner als Koordinatorin der Beratungsstellen ab, so dass das Gespräch lediglich zu einem Austausch an Informationen führte. Hier wird die Koordinierungsstelle CORA weiter auf dem Abschluss konkreter und verbindlicher Vereinbarungen bestehen. Ebenfalls nahm CORA an der Klausurtagung der LAG Frauenhäuser/KBST am 9. Oktober 2006 in Göttingen teil, Thema des Vortrages von Prof. Dr. Kavemann waren die neuen Anforderungen an Unterstützungseinrichtungen für gewaltbetroffene Frauen. Im Jahr 2006 gestaltete sich die Zusammenarbeit mit den drei LAG'n intensiver. Die Koordinierungsstelle CORA leistete damit einen Beitrag zur Beförderung der Vernetzung der Unterstützungsangebote, zur Sicherung des Informationsflusses mit Landesgremien und fachliche Beratung.

- Einen wesentlichen Impuls erhielt im Jahr 2006 die Zusammenarbeit mit dem Landesfrauenrat M-V. Das gemeinsame Auftreten von CORA und der Geschäftsführerin des Landesfrauenrates Dr. Renate Hill im Vorstand des LfK und in der AG Gewalt gegen Frauen des LfK, sowie regelmäßige Abstimmungsgespräche beförderten eine neue Qualität der Zusammenarbeit. Als wichtiges Ergebnis dieser Zusammenarbeit ist zu werten, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als wichtiges Thema auf der Agenda des LFR verankert ist. Inhalte der Kooperation waren die Mitarbeit an den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl, die Vorbereitung von Veranstaltungen in Vorbereitung auf die Landtagswahl und die Lobbyarbeit im LfK für die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als wichtigem Kriminalitätsfeld. Wie in den vergangenen Jahren nahm CORA aktiv an der jährlichen Klausurtagung am 10./11. November 2006 in Wendorf und an der Delegiertenkonferenz am 15. Juni 2006 in Hagenow teil.

2.2. Monitoring der Intervention bei häuslicher und sexualisierter Gewalt

- Zum wichtigsten Monitoringinstrument entwickelte sich im Jahr 2006 der Interdisziplinäre Fachaustausch. Er tagte am 31. Januar und am 10. Oktober 2006 in Rostock und Schwerin. Ursprünglich konzipiert als Austausch der SonderdezernentInnen der Staatsanwaltschaften mit den Interventionsstellen, hat sich der Kreis durch die Wünsche der TeilnehmerInnen erheblich vergrößert. Am 3. Interdisziplinären Austausch in Schwerin waren bereits neben den SonderdezernentInnen für häusliche Gewalt und den Interventionsstellen, alle Polizeidirektionen und die dazugehörigen Kriminalkommissariate, das Innenministerium und das Justizministerium vertreten.

Das Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung konnte aus terminlichen Gründen nicht teilnehmen. Gewünscht wurde für die weiteren Sitzungen die Einbeziehung von Strafrichtern und des Verwaltungsgerichtes. Neben einem hohen Austauschbedarf unter den Staatsanwältinnen und mit der Polizei, kamen auch zunehmend Fragen der Zusammenarbeit von Polizei und Interventionsstellen auf die Tagesordnung. Hier konnte dem Bedarf an Austausch zwischen Interventionsstellen und Polizei, der über die Möglichkeiten der bilateralen Abstimmung in den Polizeidirektionsbereichen hinausgeht, entsprochen werden. Diese Möglichkeiten gab es in ver-

gangenen Jahren in den halbjährlichen Abstimmungsrunden, die das Innenministerium organisierte, welche seit 2004 von Seiten des Innenministeriums aber nicht mehr ermöglicht wurden. Themen waren die Strafverfolgung in Fällen häuslicher Gewalt, Informationen zum Phänomen Stalking, dem Stalkinggesetz, die Anwendung des Täter-Opfer-Ausgleiches in Fällen häuslicher Gewalt, die Abstimmung vorhandener Statistiken und die Kooperation zwischen Interventionsstellen und Kriminalkommissariaten. Konkrete Ergebnisse gab es neben dem Fachaustausch und der Beförderung von direkten Kooperationsbeziehungen nach dem Vortrag der Polizeidirektion Stralsund. Dort wurden gute Erfahrungen mit einem behördeninternen Controlling gemacht, in dem etliche HG- Fälle zusätzlich identifiziert und an die Interventionsstelle weitergeleitet wurde. Die Interventionsstelle begrüßte diese Maßnahmen und es hat sich eine enge wöchentliche Kooperation mit den zuständigen Polizeibeamten entwickelt. Das Fallaufkommen der Interventionsstelle Stralsund, die für den Polizeidirektionsbereich mit der geringsten Einwohnerzahl im Land zuständig ist, hat sich damit entscheidend erhöht. Zusätzlich wurde durch die Polizeidirektion Stralsund die Gestaltung der laufenden Fortbildungen in den Polizeirevieren geregelt: sie ist jährlich verpflichtend und erleichtert durch den Erlass der Interventionsstelle die Planung und Durchführung der Fortbildungen. Mehrere Polizeidirektionen kündigten nach der Veranstaltung an, diese bewerten Regelungen ganz oder teilweise zu übernehmen. Die Koordinationsstelle CORA übernahm die inhaltliche und organisatorische Vor- und Nachbereitung, sowie die Leitung der Sitzungen. Die Sitzungen des Interdisziplinären Austausches wurden intensiv mit der LAG der Interventionsstellen vorbereitet. Auch im kommenden Jahr sollen der Interdisziplinäre Austausch weitergeführt werden. Zu überlegen bleibt, wie zukünftig der große Kreis von ca. 35 Personen arbeitsfähig bleiben kann und welche alle TeilnehmerInnen betreffenden Tagessordnungspunkte ausgewählt werden.

- Keine Fortschritte konnte mit dem Innenministerium zur Problematik Prävention von Tötungsdelikten in Paarbeziehungen erzielt werden. Sowohl im Interdisziplinären Austausch, als auch auf der Fachtagung „Häusliche Gewalt und Tötungsdelikte- Prävention und Fallmanagement“ am 20. November 2006 in Stralsund machten Vertreter des Innenministeriums deutlich, dass sie hier keinen Handlungsbedarf sehen. An diesem Punkt sieht die Koordinationsstelle die

Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung im Kabinett gefordert, dort die Wichtigkeit des Themas und Handlungsbedarf zu verdeutlichen, der sich nicht mit geringen Fallzahlen im Land abweisen lässt. Hier wird die Koordinationsstelle weiter ein entsprechendes Lagebild des LKA, die Überprüfung der Erlasslage, entsprechende Fortbildung und Sensibilisierung für Polizeibeamte zum Umgang mit High-Risk- Fällen bei der Landesregierung und im Interdisziplinären Austausch einfordern. Zusätzlich ist es erforderlich, eine Fallsammlung der Unterstützungseinrichtungen in M-V anzulegen. Diese Aufgabe wird durch die Koordinationsstelle CORA im neuen Jahr 2007 begonnen.

- Zur Verbesserung des Schutzes von Kinder/Jugendlichen als Mitbetroffenen von häuslicher Gewalt wirkte die Koordinationsstelle gemeinsam mit der Interventionsstellen Rostock, Schwerin und dem Modellprojekt Kinder- und Jugendberatung in Fällen häuslicher Gewalt in einer Arbeitsgruppe des Landesjugendamtes zur Erstellung eines Leitfadens zur Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt mit. Den Anfang hatte die Arbeitsgruppe in einer Klausurtagung der Jugendamtsleiter am 1. Dezember 2005 genommen. In einer Debatte über die notwendige Unterbringung minderjähriger Täter in Fällen häuslicher Gewalt durch die Jugendämter wurden erhebliche Wissenslücken zu gesetzlichen Handlungsmöglichkeiten, zum Phänomen häusliche Gewalt und eine mangelnde Sensibilisierung bei den Amtsleitern deutlich. Die Arbeitsgruppe nahm im März 2006 ihre Arbeit auf, vertreten sind neben dem Landesjugendamt JugendamtsleiterInnen, eine Familienrichterin, das Modellprojekt Kinder- und Jugendberatung, zwei Interventionsstellen und die Koordinationsstelle CORA. Die Arbeitsgruppe traf sich zu drei Sitzungen im Landesjugendamt in Neubrandenburg. Die Koordinationsstelle CORA leistete dabei umfangreiche Zuarbeiten an Material, Gliederung und Textteilen. Leider verzögerte sich die Bearbeitung im Landesjugendamt und die Umsetzung durch das Landesjugendamt erfolgte nicht entsprechend den Absprachen in der Arbeitsgruppe, so dass der Entwurf nicht wie geplant auf der Fachtagung am 29. November 2006 dem Fachpublikum zur Diskussion vorgestellt werden konnte. Zum Ende des Jahres lagen damit als Ergebnisse eine Gliederung und eine umfangreiche Materialsammlung vor. Diese Arbeiten müssen 2007 zügig weitergeführt und bis zur Klausurtagung der Jugendamtsleiter im April 2007 abgeschlossen sein.

2.3. Erschließung Arbeitsfeld Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution

- Das Themenfeld Bekämpfung von Frauenhandel und Zwangsprostitution nahm im ersten Halbjahr 2006 einen großen Stellenwert in der Arbeit der Koordinationsstelle CORA ein. Neben dem erforderlichen Erwerb von rechtlichem Wissen und der Nutzbarmachung von Erfahrungen anderer Bundesländer bei der Bekämpfung des Frauenhandels, in der Beratung der Opfer und der Entwicklung von Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen wurden in Zusammenarbeit mit der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt Rostock die Arbeiten am Grobkonzept einer Fachberatungsstelle zu Frauenhandel in Mecklenburg-Vorpommern abgeschlossen. Die vorhandene Materialsammlung zum Thema wurde ergänzt.

- Wie im vergangenen Jahr brachte sich die Koordinatorin intensiv in die Vorbereitung und Durchführung des Runden Tisches zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in Rostock ein. Der Runde Tisch tagte am 30. März, 26. Juni, 10. August und 9. November 2006 unter Leitung der Gleichstellungsbeauftragten der Hansestadt Rostock. Themen waren neben einem Fachaustausch der vertretenden Institutionen, die Veränderung der gesetzlichen Grundlagen zur Strafbarkeit von Menschenhandel, die Einrichtung einer landesweit tätigen kompetenten Fachberatungsstelle für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution, Ergebnisse eines EU-Projektes der Beratungsstelle für Betroffene von Straftaten in Rostock und das Konzept der Landesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution. Intensiv arbeitete CORA in den ersten Monaten des Jahres an der Erstellung eines Konzeptes der Landesregierung mit. Dazu tagte eine Arbeitsgruppe der SPD-Landtagsfraktion am 18. Januar, 1. März, 29. März, 18. April 2006 unter der Beteiligung von CORA als fachlicher Beratung. Am 15. März 2006 wurde unter Federführung des Jus-

tizministeriums eine Arbeitsgruppe zur Erstellung eines Konzeptes gegründet, die sich außerdem am 12. April traf. Gemeinsam mit dem Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung erstellte CORA einen gemeinsamen Baustein mit fachlich erforderlichen Aufgaben der Landesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution, insbesondere unter dem Blickwinkel des verbesserten Opferschutzes. Dazu gab es Arbeitstreffen in der Staatskanzlei am 9. und 15. Februar, 23. März und 3. April 2006. Leider wurden diese Zuarbeiten nur in wenigen Teilen in das Konzept integriert. Insgesamt ist das Konzept aus der Sicht der Koordinationsstelle zu unkonkret verfasst und bezüglich der Belange des Opferschutzes genügt es in keinem Fall. Entsprechend hat es seit dem Vorliegen des Konzeptes und der Kenntnisnahme durch den Landtag im Mai 2006 auch keine Veränderungen im Vorgehen von den Ermittlungsbehörden gegeben. Die Mitarbeiterin der Beratungsstelle für Betroffene von Straftaten in Neubrandenburg, welche die Betreuung von Opfern von Menschenhandel und Zwangsprostitution für das Land übergangsweise übernehmen soll, konnte die Arbeit erst im August 2006 aufnehmen und hat bis jetzt keine entsprechende Fortbildung erhalten. Erschwerend wirkt weiterhin die zusätzliche Zuständigkeit für die Betreuung der Opfer von Straftaten im gesamten Landgerichtsbezirk Neubrandenburg im Rahmen einer Arbeitszeit von 20 Stunden pro Woche. Für das Jahr 2007 steht hier eine Weiterarbeit an: das Konzept muss konkretisiert werden, für eine kompetente landesweit wirkende Fachberatungsstelle müssen die Vorbereitungen getroffen werden und für die Koordination der Arbeiten braucht es ein entsprechendes Kooperationsgremium aus entscheidungsbefugten VertreterInnen der zuständigen Ministerien und den Fachfrauen aus der Antige-waltarbeit. Die Mitarbeit am Runden Tisch in Rostock wird weitergeführt.

2.4. Öffentlichkeitsarbeit zu Gewalt gegen Frauen

- Die Herausgabe des Fachinformationsdienstes CORAktuell wurde in 2006 weitergeführt. In Zusammenarbeit mit Sabine Jonitz, KBST Waren und Ulrike Bartel, Geschäftsführerin Frauen helfen Frauen e. V. Rostock wurde durch CORA die Planung, Erstellung und Herausgabe der Ausgaben 8- 11 von CORAktuell realisiert. Die Schwerpunktthemen waren „Menschenhandel und Zwangsprostitution“, „Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als Thema bei den Landtagswahlen“,

„Was hat die Frau vom Frauenhaus?“, „Partnertötung- Prävention und Intervention“. Der Versand erfolgte an 200 Adressen von Institutionen und Personen in M-V, der Bundesrepublik und im deutschsprachigen Ausland. CORA verfasste zum Teil eigene Artikel zu ausgewählten Themen, führte Interviews durch. Besonders nachgefragt wurde die Ausgabe 10 „Was hat die Frau vom Frauenhaus?“ von den Frauenhäuser des Landes, insbesondere dort, wo es Probleme

mit der Kofinanzierung durch die Kommunen gibt. Die Ausgaben sollen 2007 weitergeführt werden. Ein entsprechender Jahresplan wird erstellt.

- Die Web-Site der Koordinierungsstelle CORA wurde auch 2006 in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführerin regelmäßig aktualisiert. Zunehmend wird diese Seite mehr genutzt und es gibt gezielte gemalte oder telefonische Anfragen auf Grundlage der Informationen auf der Seite.
- An der Gestaltung von Fachtagungen in M-V war CORA im Jahr 2006 durch die Mitarbeit an

der Planung der Fachtagung: „Häusliche Gewalt und Partnertötung- Prävention und Fallmanagement“ durch das Büro der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung am 20. November 2006 in Stralsund und durch die Teilnahme an der Podiumsdiskussion beteiligt.

- Für die Fachtagung „Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt“ am 29.11.2006 in Güstrow übernahm die Koordinatorin die Gesamtmoderation des Tages.

2.5. Fort- und Ausbildung für relevante Berufsgruppen

- Im Bildungsinstitut der Landespolizei M-V übernahm wie geplant die Interventionsstelle Rostock die Module in der Grundausbildung und der Aufstiegsqualifizierung. Für 2007 sind eine Neuordnung der Ausbildung und die Überarbeitung der Module geplant, dazu hat die Koordinierungsstelle CORA ihre Unterstützung angeboten.

- In der Fortbildung für die Jugendhilfe machte die Koordinierungsstelle CORA über das Lehrerfortbildungsinstitut des Landes L.I.S.A. und den Träger Schabernack, sowie über den Fortbildungskatalog des Trägers Frauen helfen Frauen e.V. Rostock entsprechende Angebote für MitarbeiterInnen der freien Träger und in den Jugendämtern. Diese Angebote mussten wegen mangelnder Nachfrage ausfallen. Offensichtlich gibt es bei der Zielgruppe keinen ausgeprägten Bedarf nach Fortbildung zu dem Thema. Hier muss bei der Entwicklung eines entsprechenden Problembewusstseins bei diesen Berufsgruppen angesetzt werden. Die aktuellen Auseinandersetzungsprozesse um das KICK und Fälle von Versagen der Jugendhilfe in akuten Fällen von Kindeswohlgefährdung können das Problembewusstsein auch in M-V befördern. Die Koordinierungsstelle CORA überarbeitete und aktualisierte die Fortbildungskonzepte für die Zielgruppe. Genutzt wurde das Angebot über Schabernack durch einen freien Träger der Jugendhilfe in Hamburg. Dort konnte die Koordinierungsstelle CORA in Kooperation mit der Interventionsstelle Rostock in zwei Tagesveranstaltungen am 28. und 29. September 2006 das überarbeitete Konzept erproben und praktische Erfahrungen damit sammeln.

- Ebenfalls im Fortbildungskatalog unseres Vereins fand sich ein Angebot an medizinisches

Personal zur Fortbildung zu den gesundheitlichen Auswirkungen häuslicher Gewalt und zu Handlungsansätzen im Gesundheitswesen. Trotz breiter Streuung der Angebotsbroschüre in medizinischen Einrichtungen der Region Rostock musste auch diese Veranstaltung mangels Nachfrage ausfallen. Erfolgreich durchgeführt hat die Koordinierungsstelle CORA ein Seminar auf dem Hausärztag M-V am 4. November 2007. Ermöglicht wurde das Seminar durch die Vertreterin des Verbandes der Hausärzte in der AG Gewalt und Gesundheit. Mit diesem Seminar wurden 20 Hausärztinnen und Arzthelferinnen aus dem Land erreicht, die reges Interesse an der Thematik und am Leitfaden zeigten. Auch hier ist es notwendig, ein entsprechendes Problembewusstsein zu erzeugen, dass dann der Ausgangspunkt für die Teilnahme an entsprechenden Fortbildungen sein kann. Hier stehen Aufgaben für die AG Gewalt und Gesundheit für 2007 an.

- Angefragt wurde die Koordinierungsstelle CORA von der Landesregierung Schleswig-Holstein zu den Erfahrungen mit der Erstellung und Umsetzung des Konzeptes des pro-aktiven Beratungsansatzes. Dazu entwickelte CORA in Kooperation mit der Interventionsstelle CORA ein Konzept zu Fortbildung von Beraterinnen zum pro-aktiven Beratungsansatz in der Arbeit mit gewaltbetroffenen Frauen. Das Seminar wurde am 18. und 19. Mai 2006 in Kiel mit ca. 40 Teilnehmerinnen erfolgreich durchgeführt und hatte ein sehr gutes Feedback. Dieses Konzept wird die Koordinierungsstelle CORA weiter über die eigene Web-Site und die Frauenhauskoordination bundesweit anbieten.

2.6. landesweite Statistik der Interventionsstellen

- Die Erstellung eines neuen Statistiksystems zur Datenerfassung und statistischen Auswertung für die Interventionsstellen nahm im Jahr 2006 mehr Zeit als vorgesehen in Anspruch. Gründe dafür waren insbesondere Programmierprobleme und Termenschwierigkeiten auf Seiten des Software-Unternehmens, zusätzliche Anforderungen seitens der Interventionsstellen, aber auch Verständigungsprobleme zwischen den Interventionsstellen und dem Software- Unternehmen. Daraus resultierte für CORA ein erhöhter Abstimmungs-, Kontroll- und Kooperationsaufwand. Probleme verursachten auch mangelnde technische Voraussetzungen in einer Interventionsstelle und mangelnde Erfahrungen in der Arbeit mit dem Computer, sowie mit Programmen. Die Restarbeiten müssen zu Beginn des Jahres 2007 zügig abgeschlossen werden, damit einheitliche und detaillierte Auswertungen der Daten ab 2007 möglich sind.

- Für das Jahr 2006 führten die Interventionsstellen zum Teil das alte Statistikprogramm für die eigene Erfassung weiter, die Koordinierungsstelle erfasste lediglich quartalsweise Summen von Fällen und Opfern. Die Daten wurden durch zu einer kurzen landesweiten Statistik in 2006 zusammengestellt. Für den Landesrat und die LAG der Interventionsstellen wertete CORA Entwicklungen aus und speiste diese Informationen in die Gremien ein. Die Gesamtfallzahlen der Interventionsstellen weisen für 2006 im Vergleich zu 2005 einen Anstieg von 129 Fällen aus. Dabei verteilt sich dieser Zuwachs unterschiedlich auf die Interventionsstellen: die Interventionsstelle Stralsund hat mit 82 Fällen den höchsten Gesamtzuwachs zu verzeichnen, in den Interventionsstellen Anklam (+16), Neubrandenburg (+14) und Schwerin (+7) ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen. Die Interventionsstelle Rostock weist identische Fallzahlen mit 2005 vor. Wird der Zugang differenziert nach den Zugangswegen betrachtet, stellt sich das Bild wie folgt da: der Fallzuwachs in Stralsund setzt sich aus 20 zusätzlichen Meldungen der Polizei und aus 62 zusätzlichen SelbstmelderInnen und vermittelten Kontakten (Meist von den Kriminalkommissariaten ver-

mittelt) zusammen. In der Anklamer Interventionsstelle sind zu den 2 zusätzlichen Meldungen der Polizei aber die Beratungsnachfragen von 24 SelbstmelderInnen bzw. vermittelte Kontakte eingegangen. In den Interventionsstellen Rostock und Schwerin gibt es lediglich Verschiebungen zwischen den Zugangsarten innerhalb einer relativ gleichen Fallzahl. In der Interventionsstelle Neubrandenburg war ein um 24 Meldungen höherer Zugang von Meldungen der Polizei aber ein um 10 Fälle niedriger Zugang an SelbstmelderInnen bzw. vermittelten Kontakten zu beobachten. Hier muss bemerkt werden, dass die vereinfachte Datenerfassung in 2006 keine detaillierte Aussage zulässt, wie viele KlientInnen davon selbst kamen, oder z. B. von der Polizei, den Kriminalkommissariaten oder Jugendämtern vermittelt wurden. Verschiedene Faktoren haben meines Erachtens diese Fallentwicklungen bedingt: in der Polizeidirektion Stralsund greift das polizeiinterne Controlling für HG- Fälle seit November Oktober 2005. Die zuständige Interventionsstelle verzeichnete in der Folge in 2006 mehr Polizeimeldungen, aber auch deutlich mehr durch die Polizei vermittelte Kontakte. Andere Polizeidirektionen überlegen, diese Regelungen aus Stralsund zu übernehmen. Einfluss auf die Fallzahlen hatten auch die ständigen Aktivitäten der Interventionsstellen in der Schulung der Polizeibeamten in Revieren und Kriminalkommissariaten, in den Kooperationsgesprächen mit Jugendämtern und anderen Institutionen. Der Zuwachs an SelbstmelderInnen erklärt sich durch die Öffentlichkeitsarbeit der Interventionsstellen in den Regionen, durch wiederholte Kontaktaufnahmen bereits durch zurückliegende Polizeieinsätze bekannter Klientinnen und ist somit auch eine Bestätigung des Erfolgs und der Wertschätzung ihrer Arbeit. Zukünftig muss die Verteilung der Fallzahlen auf die Polizeidirektionen in Abhängigkeit zur Einwohnerzahl diskutiert werden. Hier fällt auf, dass durch die Polizeidirektion Schwerin mit der höchsten Einwohnerzahl die niedrigsten Fallzahlen an die Interventionsstelle vermittelt werden. Dazu sind genauere Analysen z. B. im Interdisziplinären Austausch erforderlich.

2.7. bundesweite und internationale Vernetzung

- Die Koordinierungsstelle beteiligte sich federführend am Abstimmungsprozess über die bundesweiten Standards für Interventionsstellen. Der Prozess der Abstimmung der bundesweiten Standards in der nationalen Vernetzung der Interventionsprojekte der BRD erforderte auch noch

2006 Veränderungen am Entwurf. Der Entwurf konnte am 2. November 2006 auf dem Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte/Interventionsstellen in Hamburg verabschiedet werden. Die Koordinierungsstelle CORA stellte die Standards dem Büro der Staatssekretärin für

Frauen und Gleichstellung und der LAG der Interventionsstellen umgehend zur Verfügung.

- Die Koordinationsstelle CORA nahm aktiv am bundesweiten Vernetzungstreffen in Hamburg vom 1. bis 3. November 2006 teil. Das Treffen diente einem breiten fachlichen Austausch. Bedauert wurde von den Teilnehmerinnen, dass die Interventionsstellen aus M-V an diesem Treffen mit teilnehmen konnten. Die Gründe waren vor allem die beschränkten Sachkosten in den Interventionsstellen, die die Dienstreise nicht ermöglichten. Die Teilnahme an diesen Vernetzungstreffen gab auch 2006 der Koordinationsstelle CORA vielfältige Anregungen für die eigene Arbeit im Land und sollte daher weitergeführt werden.

- Die Koordinationsstelle CORA nahm am 11. Internationalen Vernetzungstreffen der Interventionsprojekte und Interventionsstellen in

Bern/Schweiz 21. bis 24. Juni 2006 teil. Themen des Erfahrungsaustausches waren unter anderem die Erfahrungen der Schweiz bei der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen, der gerichtsverwertbare Dokumentation von Verletzungen und des Gewaltscreening in einer Züricher Klinik. Auf großes Interesse stießen der Praxisbericht der Mitarbeiterin des Modellprojektes Kinder- und Jugendberatung in der Interventionsstelle Rostock.

- Das Vernetzungsprojekt mit dem Titel „Bridging Gaps“ im Rahmen des EU-Programms Daphne zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in Europa wurde mit der Herausgabe eines Handbuchs zur Kooperationserfahrungen zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen zu häuslicher Gewalt in englischer Sprache abgeschlossen. Darin sind auch die Zuarbeiten von CORA zu den Erfahrungen in M-V enthalten.

2.8. sonstige Aufgaben

- Die Koordinatorin nahm 2006 regelmäßig und aktiv an den monatlichen Leitungsberatungen, und der Leitungssupervision teil. Je nach fachlicher Schwerpunktsetzung nahm sie am Fachteam teil und brachte ihr Fachwissen in diese interne Qualifizierung ein.
- Zur eigenen Qualifizierung nutzte die Koordinatorin die Teilnahme an einer Fachtagung „Das

Zuwanderungsgesetz- Folgen für gewaltbetroffene Frauen“ am 4. Juli 2006 in Fulda und an der Fachtagung „Kindeswohl im Frauenhaus- Zwischen Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung“ am 20. September in Frankfurt teil. Am 24. und 25. November nahm sie an einer Fortbildung für Moderation zum Thema „Moderation von Großgruppen“ teil.

3. Fazit 2006 und Ausblick für 2007

- Für den Landesrat zur Begleitung der Umsetzung des Landesaktionsplanes ergibt sich aus der Sicht von CORA die Notwendigkeit die Vertretung der Ministerien mit Entscheidungsträgern, möglichst mit den jeweiligen Staatssekretären sicherzustellen, um so die Aufgabe als Begleitemium zum Landesaktionsplan effektiv umzusetzen. Hier ist die Initiative der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung gefordert. Die bisherige Arbeitsweise des Landesrates muss dann entsprechend verändert werden, um Entscheidungen der Staatssekretäre in den Sitzungen vorzubereiten. Diese Vorschläge müssen im Landesrat diskutiert werden und entsprechende Veränderungen herbeigeführt werden. Als Themenschwerpunkte stehen nach der umfassenden Schwachstellenanalyse die Auswertung und die Ableitung von konkreten Maßnahmen zur Beseitigung der Schwachstellen im Jahr 2007 an.

- Nach dem Start mit dem Themengebiet Menschenhandel und Zwangsprostitution in 2006 und der Erstellung eines Konzeptes der Landesregierung zur Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution in M-V ist eine Konkretisierung des Planes erforderlich. Nach der Konzeptionierung erfolgten keine weiteren Maßnahmen seitens der Landesregierung. Die Beratungsstelle für Betroffene für Straftaten in Neubrandenburg, die übergangsweise die Beratung der Opfer sicherstellen sollte, ist bis zum heutigen Zeitpunkt nicht zu diesem schwierigen Aufgabenfeld geschult. Lediglich der Runde Tisch in der Hansestadt Rostock ist weiter aktiv. Ansonsten sind keine Veränderungen in der Situation der Opfer oder im Handeln von Polizei, Justiz, Ausländerbehörden in unserem Land erkennbar. Zur Lobbyarbeit für das Thema braucht es ein gut abgestimmtes gemeinsames Engagement mit der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung M-V und zusätzlich die Unterstützung durch engagierte Abgeordnete des

Landtages. Für eine Fachberatungsstelle für die Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel müssen die Vorbereitungen materieller und konzeptioneller Art getroffen werden. Es braucht ein landesweites Kooperationsgremium zum Thema unter Federführung der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung mit Beteiligung der zuständigen Ministerien und der NGO's.

- Der Interdisziplinäre Austausch mit Staatsanwaltschaften, Interventionsstellen und Polizei hat sich zu einem wichtigen Monitoringinstrument der Intervention bei häuslicher Gewalt profiliert. Er trägt dem gemeinsamen Bedürfnis nach fachlichen Austausch innerhalb der Berufsgruppen aber auch interdisziplinärer Art Rechnung. Deutlich wurden aber auch die Grenzen dieses Austausches, der von den Interventionsstellen initiiert und von CORA organisiert und geleitet wurde: er ersetzt nicht die Gesprächsrunden, die in vergangenen Jahren durch das Innenministerium organisiert wurden und an denen die Polizeidirektoren teilnahmen. Diese Veranstaltungen hatten insbesondere für die Polizeibehörden eine andere Verbindlichkeit und einen anderen Stellenwert. Dennoch soll der Interdisziplinäre Austausch fortgeführt werden.

- Ein wichtiger Schwerpunkt wird zukünftig das Thema Prävention von Tötungsdelikten sein. Hier steht vorrangig die Aufgabe, eine Wichtigkeit des Themas und ein Handlungsbedarf für M-V zu verdeutlichen, der sich nicht mit geringen Fallzahlen im Land abweisen lässt. Hier wird die Koordinierungsstelle weiter ein entsprechendes Lagebild des LKA, die Überprüfung der Erlasslage, entsprechende Fortbildung und Sensibilisierung für Polizeibeamte zum Umgang mit High-Risk-Fällen bei der Landesregierung und im Interdisziplinären Austausch einfordern. Zusätzlich ist es erforderlich, eine Fallsammlung der Unterstützungseinrichtungen in M-V anzulegen. Diese Aufgabe wird durch die Koordinierungsstelle CORA im neuen Jahr 2007 begonnen.

- Die intensive Zusammenarbeit der Koordinierungsstelle CORA mit allen Landesarbeitsgemeinschaften der Unterstützungseinrichtungen hat sich bewährt, sie er leistet einen Beitrag zur internen fachlichen Qualifizierung und zur Sicherung des gegenseitigen Informationsaustausches. Hier werden bewährte Arbeitsansätze weitergeführt.

- Auch für 2007 muss weiter daran gearbeitet werden, die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen als wichtiges kriminalpräventives Themenfeld im Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung zu etablieren. PartnerInnen sind hier der Landesfrauenrat und die Staatssekretärin für Frauen und

Gleichstellung. Als zusätzliches Anliegen hat sich hier der Fokus auf Frauen in Justizvollzugsanstalten unseres Landes ergeben. Zu einem hohen Prozentsatz sind diese Frauen selbst von häuslicher und sexualisierter Gewalt betroffenen, einige Frauen verbüßen Haftstrafen wegen der Tötung ihres Partners. Für diese Zielgruppe müssen entsprechende Informations- und Beratungsmöglichkeiten bedacht werden.

- Das neue Statistikprogramm der Interventionsstellen muss zügig fertig gestellt werden, damit sind ab 2007 wieder detaillierte statische Aussagen für M-V möglich. Dieses Programm verbessert die Datenerhebung und Auswertung in den Interventionsstellen. Sie ermöglicht eine genaueren Abgleich der Zahlen der Interventionsstellen mit den Polizeidirektionen und mit Jugendämtern und ist somit gut nutzbar für die Reflexion der eigenen Arbeit aber auch als Grundlage für fundierte Kooperationsgespräche mit anderen Institutionen. Zukünftig muss die Verteilung der Fallzahlen auf die Polizeidirektionen in Abhängigkeit zur Einwohnerzahl diskutiert werden. Dazu sind genauere Analysen z. B. im Interdisziplinären Austausch erforderlich.

- Der Fachinformationsdienst CORAktuell hat sich als Informationsquelle in der Fachöffentlichkeit in M-V bewährt. Die Ausgaben werden 2007 weitergeführt. Schwerpunkte der Ausgaben werden 2007 sein: „Neue Fragen - Alte Themen? Schwerpunkte der Landesregierung bei der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in M-V“, „Kindeswohlgefährdung bei häuslicher Gewalt“, „Bundesweite Standards der Täterarbeit bei häuslicher Gewalt“, „Das neue Stalkinggesetz-Umsetzung in M-V“.

- Die Erstellung des Leitfadens für die Jugendämter zur Kindeswohlgefährdung in Fällen häuslicher Gewalt muss 2007 zügig weitergeführt und bis zur Klausurtagung der Jugendamtsleiter im April 2007 abgeschlossen sein. Die aktuellen Auseinandersetzungsprozesse um das KICK und Fälle von Versagen der Jugendhilfe in akuten Fällen von Kindeswohlgefährdung können das Problembewusstsein auch in M-V befördern.

- In der AG Gewalt und Gesundheit ist es notwendig, den Leitfaden für das Gesundheitswesen durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit der medizinische Praxis zugänglich zu machen. Dazu müssen gemeinsam mit den VertreterInnen der Berufsverbände der Mediziner Wege gefunden werden, auf dieses Thema aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren. Einen Beitrag kann dazu eine Fachtagung zu den Erfahrungen anderer Länder mit der Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gewaltbetroffener Frauen, die

in Verantwortung der Arbeitsgruppe vorbereitet wird, leisten.

- Die Koordinierungsstelle wird auch 2007 wieder Fortbildungsangebote für verschiedene Berufsgruppen in Kooperation mit den Beraterinnen aus den Unterstützungseinrichtungen anbieten. Schwerpunkte sind dabei die Jugendhilfe und das Gesundheitswesen. Voraussetzung für die Nutzung der Angebote ist jedoch ein Fortbildungsbedarf bei den jeweiligen MitarbeiterInnen, dem ein Problembewusstsein vorausgeht. Hier sind die zuständigen Ministerien, und deren nachgeordnete Behörden, aber auch Berufsverbände, die Ärztekammer gefragt, Fragen der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auf die Agenda zu setzen und nicht als Randproblem zu behandeln.
- Ein wichtiges Thema in der Vernetzung der Unterstützungseinrichtungen im Jahr 2006 war die konkrete Gestaltung der Kooperation mit den neu eingerichteten Beratungsstellen für Betroffene von Straftaten. Die Interventionsstellen, Frauenhäuser und Beratungsstellen drängen hier auf eine deutliche Abgrenzung der Zielgruppen, praktikable und verbindliche Lösungen der Weitervermittlung der Klientinnen an spezialisierte Ein-

richtungen und auf die Einbeziehung der bestehenden und gut funktionierenden Vernetzung und Kooperation landesweit und regional zum Thema Gewalt gegen Frauen. Ziel muss es sein, zu möglichst verbindlichen und verlässlichen Kooperationsvereinbarungen zu kommen. Dazu braucht es die Unterstützung der Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung. Hier wird die Koordinierungsstelle CORA weiter auf dem Abschluss konkreter und verbindlicher Vereinbarungen bestehen.

- Der nationale und internationale Austausch unter den Interventionsprojekten, Koordinierungsstellen und Interventionsstellen wird weitergeführt, er erweitert den Blick der Koordinatorin und der Mitarbeiterinnen der Interventionsstellen auf neue Aspekte der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, vermittelt neue Lösungsansätze, die in M-V genutzt werden können, eröffnet die Möglichkeit, die eigene Arbeit und Lösungen mit einem Außenblick zu betrachten und kritisch zu hinterfragen. Eine zusätzliche Möglichkeit der bundesweiten Vernetzung hat sich mit der Vertretung der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenhäuser und Kontakt- und Beratungsstellen in den Werkstattgesprächen der Frauenhauskoordinierung ergeben, die auch 2007 weiter genutzt wird

Heike Herold
Koordinatorin